

Beitrags- und Kassenordnung

In Ergänzung der Beitrags- und Kassenordnung des Bundesverbandes und in Ergänzung der Landessatzung geben sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen folgende Ordnung:

§ 1 LandesschatzmeisterIn, Landesfinanzrat, Basisvertretung im Bundesfinanzrat

1. Der/die LandesschatzmeisterIn verwaltet die zentralen Finanzen des Landesverbandes.
2. Der/die LandesschatzmeisterIn, die gewählten KreiskassiererInnen, der/die SchatzmeisterIn der GRÜNEN JUGEND THÜRINGEN und die/der BasisvertreterIn im Bundesfinanzrat bzw. deren jeweilige Stellvertretung bilden den Landesfinanzrat.
3. Der Landesfinanzrat tritt auf Einladung der/des LandesschatzmeisterIn oder auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder, mindestens jedoch zweimal im Kalenderjahr, zusammen. Er ist beschlussfähig, wenn schriftlich mindestens 4 Wochen vor der Beratung eingeladen wurde.
4. Die Landespartei entsendet in den Bundesfinanzrat den/die LandesschatzmeisterIn sowie eine gewählte/einen gewählten BasisvertreterIn.
5. Der/die BasisvertreterIn der Landespartei im Bundesfinanzrat wird von der Landesdelegiertenkonferenz auf zwei Jahre gewählt. Das Wahlverfahren wird von der Satzung der Landespartei bestimmt. Scheidet der/die BasisvertreterIn vor Ende einer Wahlperiode aus und wurde eine ordentliche Nachfolge noch nicht von der Landesdelegiertenkonferenz bestimmt, ernennt der Landesfinanzrat bis zur nächsten ordentlichen Wahl eine Basisvertretung als Stellvertretung.
6. Bei finanziellen Beschlüssen des Landesvorstandes, die eine Höchstgrenze von 4.000,00 EURO übersteigen, hat der/die LandesschatzmeisterIn ein Vetorecht. Die endgültige Entscheidung darüber trifft der Landesfinanzrat, der umgehend dazu einzuberufen ist.

§ 2 Buchführung und Rechenschaftsberichte

1. Landesverband, Regionalverbände und Kreisverbände sind verpflichtet, über ihre rechenschaftspflichtigen Einnahmen, Ausgaben sowie über ihr Vermögen Bücher nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung im Sinne des § 28 Parteiengesetz zu führen.
2. Der/die LandesschatzmeisterIn sorgt für die fristgemäße Vorlage des jährlichen Rechenschaftsberichtes gemäß dem 6. Abschnitt des Parteiengesetzes bis zum 31. Mai des dem Rechnungsjahr folgenden Kalenderjahres.
3. Der/die KreiskassiererInnen legen dem/der LandesschatzmeisterIn bis zum 28.02. des dem Rechnungsjahr folgenden Kalenderjahres Rechenschaft über das Vermögen sowie die Einnahmen und Ausgaben ihres Kreisverbandes einschließlich der dem Kreisverband nachgeordneten Ortsverbände ab.
4. Der/die LandesschatzmeisterIn kontrolliert die ordnungsgemäße Kassenführung der Kreisverbände und gewährleistet damit, dass jederzeit die zur Erstellung des Prüfvermerks für den Rechenschaftsbericht nach § 29 Parteiengesetz vorgeschriebenen Stichproben möglich sind. Ist die rechtzeitige Abgabe des Rechenschaftsberichtes gemäß den Bestimmungen des Parteiengesetzes gefährdet, muss der jeweils höhere Gebietsverband über ein entsprechendes Organ die

Kassenführung des nachfolgenden Gebietsverbandes an sich ziehen oder eine/n Beauftragte/n einsetzen.

5. Der Landesverband wählt zwei RechnungsprüferInnen zur laufenden Prüfung seiner Finanzunterlagen. Die Kreisverbände können RechnungsprüferInnen zur laufenden Prüfung ihrer Finanzunterlagen wählen.

§ 3 Beiträge

1. Die Höhe der Mitgliedsbeiträge regelt die Satzung der Kreisverbände.
2. Amts - und MandatsträgerInnen leisten neben ihren satzungsgemäßen Mitgliedsbeiträgen Sonderbeiträge. Die Höhe der Sonderbeiträge wird vom jeweiligen Gebietsverband in Absprache mit den Amts- und MandatsträgerInnen festgelegt.
3. Die Beitragserhebung erfolgt dezentral durch die Kreisverbände. Das Erhebungsverfahren regelt die Satzung der Kreisverbände.
4. Die Kreisverbände zahlen je Monat und Mitglied die von Bundes- und Landesverband festgelegten Abführungen jeweils zum Ende eines Quartals an den Landesverband.* Der Beitragsanteil des Bundesverbandes wird vom Landesverband zentral abgeführt. Der Beitragsanteil ist für alle Mitglieder gleich. Dabei ist unerheblich, in welcher Höhe das Mitglied Beiträge an den Kreisverband entrichtet oder der Kreisverband im Einzelfall eine Beitragsbefreiung verfügt hat. Berechnungsgrundlage für die Anzahl der Mitglieder ist die letzte Mitgliedermeldung
Abführung:
Bundesverband 2,55 Euro pro Mitglied und Monat
Landesverband 1,45 Euro pro Mitglied und Monat

§ 4 Spenden

1. Der Landesverband, die Orts- und Kreisverbände sind berechtigt, Spenden im Sinne des § 25 Parteiengesetz anzunehmen. Ausgenommen sind Spenden im Sinne § 25 Abs. 1 Satz 2 Parteiengesetz. Spenden verbleiben auf der Ebene, auf der sie eingehen.
2. Spendenbescheinigungen werden vom Landesverband oder den Kreisverbänden für die im Kalenderjahr eingegangenen Spenden ausgestellt und sind von den SchatzmeisterInnen des Gebietsverbandes, die den Eingang der Spende festgestellt hat, abzuzeichnen.
3. Spenden an einen oder mehrere Gebietsverbände, deren Gesamtwert EURO 10.000,- übersteigt, sind im Rechenschaftsbericht des Gebietsverbandes, der sie vereinnahmt hat, unter Angabe des Namens der SpenderIn zu veröffentlichen.
4. Hat ein Gebietsverband unzulässige Spenden im Sinne von § 25 Parteiengesetz erlangt oder Spenden nach § 25 Abs.2 Parteiengesetz nicht im Rechenschaftsbericht verzeichnet, so verliert er nach § 23 Parteiengesetz den ihm in der Satzung oder Beschlusslage der Partei zustehenden Anspruch auf eine anteilige Erstattung von Wahlkampfkosten in Höhe des Zweifachen der rechtswidrig erlangten oder nicht veröffentlichten Spende.

§ 5 Haushalt des Landesverbandes

1. Der/die SchatzmeisterIn stellt für jedes Kalenderjahr einen Haushalts- und Stellenplan auf, der vom Landesvorstand sowie vom Landesfinanzrat beraten und von der Landesdelegiertenkonferenz endgültig genehmigt wird.

2. Ist absehbar, dass der beschlossene Haushalt überschritten wird, hat der/die LandesschatzmeisterIn unverzüglich einen Nachtragshaushalt einzubringen. Er/sie ist bis zu dessen Verabschiedung an die Grundsätze einer vorläufigen Haushaltsführung gebunden.
3. Ein Nachtragshaushalt, der in seiner Differenz zum gültigen Haushaltsplan nicht mehr als 5 Prozent der durchschnittlichen Einnahmen ohne Kredite der letzten 5 Jahre abweicht, kann durch Beschluss von Landesvorstand und Landesfinanzrat verabschiedet werden, ansonsten muss - wie beim regulären Haushalt - der Nachtragshaushalt durch eine Landesdelegiertenkonferenz bestätigt werden.
4. Eine Ausgabe kann nur beschlossen werden, wenn Sie durch einen entsprechenden Haushaltstitel gedeckt ist. Finanzwirksame Beschlüsse, für deren Deckung kein Haushaltstitel vorgesehen ist, sind nur durch Umwidmung von anderen Haushaltstiteln auszuführen. Diese Umwidmung bedarf der ausdrücklichen und schriftlichen Zustimmung der/des LandesschatzmeisterIn. Kommt diese Zustimmung nicht zustande, muss die betreffende Ausgabe über einen Nachtragshaushalt beantragt werden. Der Vollzug des betreffenden Beschlusses ist bis zur Entscheidung über einen Nachtragshaushalt auszusetzen.
5. Mit dem finanzwirksamen Antrag, der von Organen oder Gremien der Landespartei vorgelegt wird und den betreffenden Haushaltsansatz überschreitet, muss ein Deckungsvorschlag eingebracht werden.
6. Für die Verteilung der staatlichen Zuschüsse auf die Kreisverbände ist durch den Landesfinanzrat ein Schlüssel zu verabschieden.

§ 6 Mittelfristige Finanzplanung

Der/die LandesschatzmeisterIn des Landesverbandes und der Kreisverbände sind gehalten, eine mittelfristige Finanzplanung ihrer Einnahmen und Ausgaben für einen Zeitraum von jeweils vier Jahren vorzulegen. Die mittelfristige Finanzplanung ist jährlich fortzuschreiben.

§ 7 Erstattung für Aufwendung durch Tätigkeit im Auftrag der Partei

1. Die Erstattungsordnung regelt die Erstattung von Aufwendungen, die Mitgliedern durch Tätigkeit im Auftrag der Partei erwachsen und bei einem Gebietsverband der Partei geltend gemacht werden.
2. Erstattungen richten sich nach den jeweils steuerlich zulässigen Höchstbeträgen, die gemäß den Lohnsteuerrichtlinien steuerfrei ausgezahlt werden

§ 8 Wirksamkeit

Die Beitrags- und Kassenordnung tritt mit dem Tag der Verabschiedung durch die Landesmitgliederversammlung in Kraft und wird Bestandteil der Landessatzung. Die übrigen Bestimmungen der Landessatzung bleiben unberührt. Diese Beitrags- und Kassenordnung wurde am 22.06.1991 von der Landesmitgliederversammlung gemäß Satzung der GRÜNEN Thüringen beschlossen und tritt am 22.06.1991 in Kraft.

Letzte Änderung vom November 2010